

DEUTSCHLAND

Umworbene Flüchtlinge

Ihre Stimmen zählen

Am Geburtstag des Mannes, der den Weimarer Versuch einer Demokratie begrub, werden in der britischen Zone die ersten Wahlen zu den neugebildeten drei Ländern stattfinden. Wie früher lassen die Parteien viele Register spielen, um die Wähler anzusprechen. Sie wenden sich an die Frauen, an die Jugend, an die Arbeiterschaft, an das Kleinbürgertum, an die Christen, an die Rentner und an die Kriegsversehrten.

Aber eine Wählerschicht tritt neu hinzu. Sie ist unberechenbar, denn sie setzt sich aus allen Bevölkerungskreisen zusammen. Die ihr angehören, haben nur das eine gemeinsam, daß ihre Heimat östlich der Oder und der Neiße liegt. Sie sind ziemlich zahlreich. Fast, jeder Vierte in der britischen Zone ist ein Ostvertriebener.

Die Flüchtlinge, wie sie um des bequemereren Wortes willen auch genannt werden, erfreuen sich nunmehr, da es dem 20. April entgegengeht, einer Beliebtheit wie nie zuvor. Tatsächlich konnte ihnen bislang niemand helfen. Allerdings haben mancherorts Parteifunktionäre ihre Beziehungen zu irgendwelchen Fabriken und ihre Ämter in der Flüchtlingsbetreuung ausgenutzt, um durch Lieferung von Hausrat und Möbeln für ihre Partei zu werben.

Den Flüchtlingen auf Kosten der Einheimischen zu geben, was sie dringend brauchen, ist die Forderung der Linksparteien. So forderte die Sprecherin der SPD Grete Rudolph im NWDR, die Flüchtlinge besser unterzubringen und ihnen Hausrat und Bedarfsgüter zu geben. Soweit diese Dinge nicht durch Neuproduktion beschafft werden könnten, müßten sie bei den Mitbürgern, die mehr haben, als sie brauchen, und die durch den Krieg keinen Schaden erlitten haben, beschlagnahmt werden. Bislang war der Drang zu solchen Beschlagnahmeaktionen auch bei der SPD nicht sonderlich stark.

Die Christlich-Demokratische Union legt den Ton auf die alles umfassende Forderung „Gleiches Recht für Einheimische wie für Vertriebene“, und wer daran zweifelt, daß es ihr damit ernst ist, den verweist sie auf das Beispiel Schleswig-Holsteins, dessen Bevölkerung zu 45 Prozent aus Flüchtlingen besteht. Dort hat die CDU wegen ihres Eintretens für die Flüchtlinge sogar schon einmal eine Kabinettskrise und den Rücktritt ihres Ministers für Volkswohlfahrt Dr. Franz Ryba auf sich genommen.

Der schlanke Rechtsanwalt mit der schwarzen Hornbrille stammt selber aus Oberschlesien und ist zu dieser Wahl wieder als aussichtsreicher Flüchtlingskandidat (auch auf der Landesliste) aufgestellt worden. Er wollte mit Unterstützung seiner Fraktion eine Art Flücht-

lingsministerium mit Sondervollmachten einrichten. Da er aber seine CDU-Kollegen im Ministerium vorher nicht befragt hatte, erkannten diese das durch die SPD herbeigeführte Mißtrauensvotum als berechtigt an und ließen ihn fallen. Der 47jährige ist sehr aktiv und ein wirkungsvoller Redner.

Die CDU verspricht also mehr ins Grundsätzliche hinein und findet dabei in Niedersachsen die Unterstützung der stammes- und besitzfrohen Niedersächsischen Landes-Partei, mit der zusammen sie einen anti-marxistischen Block bildet. In Niedersachsen sind von 6,5 Millionen Einwohnern 1,8 Millionen Flüchtlinge und von schätzungsweise 3 450 000 Wahlberechtigten 800 000 Flüchtlingswähler.

Die CDU ihrerseits hat sich in vermehrter Schärfe die Forderung zu eigen gemacht, die jetzt von allen Parteien gestellt wird, die aber von der NLP zuerst erhoben wurde: nämlich „den Anspruch auf eine gerechte Grenzziehung im Osten, die dem bei weitem größeren Teil der Vertriebenen die Heimat wiedergeben würde, niemals aufzugeben.“

Auch die FDP in Nordrhein-Westfalen unter ihrem Wortführer, Finanzminister Franz Blücher, stößt in das gleiche Horn. Die eindeutig anti-sozialistische Partei erklärt die Sorge für die Vertriebenen für eine „Ehrenpflicht des ganzen Volkes“. Zwecks Durchführung von Sofortmaßnahmen hält die FDP eine Zusammenarbeit aller Parteien für notwendig.

Die Flüchtlingsplakate sind durchweg primitiver als die übrigen. Sie appellieren an keine Ueberzeugung, und die Versprechungen sind bei allen Parteien die-



Ein anstößiger Flüchtling
Dr. Franz Ryba



Ein prominenter Flüchtling
Heinrich Wilhelm Kopf

selben. Auf einem Wahlplakat des Zentrums findet sich dieselbe Flüchtlingsparole wie auf einem Plakat der CDU.

Allgemein haben es die Rechtsparteien naturgemäß schwerer, da sie mehr oder weniger für die Erhaltung des vergangenen Wirtschaftssystems kämpfen. Sie müssen also ihre Zuflucht in viel stärkerem Maße zu „Wahrheit, Freiheit, Recht“ und ähnlichen löblichen Sprüchen nehmen. Die FDP bekämpft den Sozialismus, indem sie den Abscheu der Bevölkerung vor Arbeits-, Wirtschafts- und sonstigen Ämtern ausnutzt. Und die SPD verspricht ihren Wählern eine lichtere Zukunft und ein sorgenloses Alter. Sie operiert mit den Kriegsgefangenen, über deren Verbleib die Partei gerade in diesen Tagen eine große Rundfrage veranstaltet. („5 000 000 fehlen!“). Die KPD hat es am leichtesten, sie verfißt die Einheit der Arbeiterklasse und kämpft gegen die Reaktion.

Aber es gibt ein zugkräftigeres Mittel als Wahlplakate, um das Vertrauen der Wähler zu erwerben: die Aufstellung von geeigneten Kandidaten. Auf die Flüchtlinge sollen Flüchtlingskandidaten eine besondere Anziehungskraft ausüben. Leute also, die im Osten alles verloren haben.

So stellt im Land Niedersachsen die CDU den beurlaubten Innenminister Dr. Gereke als „ersten Vertrauensmann des Ostdeutschen im niedersächsischen Raum“ neben vier weiteren Flüchtlingen in direkter Wahl und vierzehn Flüchtlingen auf der Landesliste heraus. Dr. Gereke, einstmal Landrat in Torgau, ist in Sachsen zu Hause, wo er auch nach dem Einmarsch der Roten Armee ein Amt bekleidete.



Eine Losung, aber zwei Parteien: die feindlichen Schwestern

Die SPD stellt als ersten Flüchtling den niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf vor. Er wurde zwar in Hameln geboren, war aber vor der Papen-Regierung in Ostpreußen Landrat und verlor dort ein mittleres Gut. Neben ihm stehen der Celler Flüchtlingspastor Albertz, der ein Heim für die Heimatlosen errichtet hat, und fünf andere Flüchtlinge. Demgegenüber warten die Freien Demokraten in den insgesamt 95 niedersächsischen Wahlkreisen mit zehn Flüchtlingskandidaten auf. In Mellé hatten die Flüchtlinge mit der FDP verabredet, sie wollten einen von ihnen bestimmten Kandidaten unter der FDP-Flagge in den Wahlkampf segeln lassen. Aber dieser war ein Parteianwärter, und daran scheiterte das Abkommen.

Die Kommunisten aber beschränken sich auf einen einzigen Flüchtlingskandidaten, den schlesischen Möbeltischler Kari Hartmann, bei dem sie besonders darauf hinweisen, daß er ein „echter“ Flüchtling und außerdem der Vater aller bisher im niedersächsischen Landtag für Flüchtlinge eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe sei.

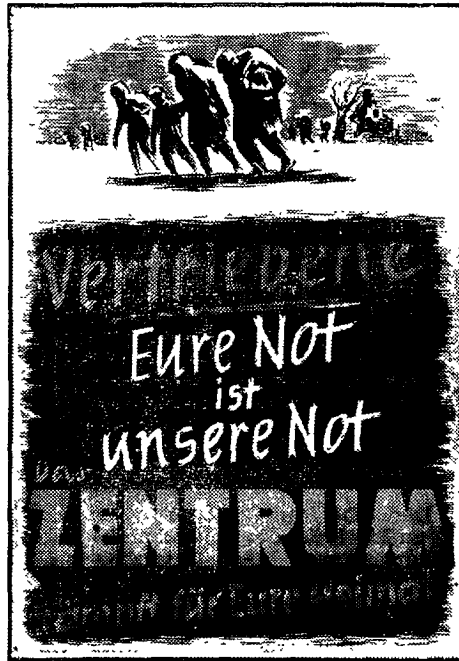
Die NLP behauptete, über ihre Kandidaten noch nichts zu wissen. Ihr neu-erworbener Magnet ist Wilhelm Heile, der Ex-Präsident der Freien Demokraten. Die Bauern seines Wahlkreises Syke haben schon erklärt: „Unsern Willen wählen wir doch, is gleich in welcher Partei“.

Angesengte Akten

Hitlers dunkelster Tag

Unter den Trümmern des zerbombten Berghofes bei Berchtesgaden fanden amerikanische Soldaten dicke Bündel halbzerstörter Akten. Zwei Jahre lang wurde der Fund streng geheimgehalten. Jetzt wurde er Teil veröffentlicht. Es sind stenographische Protokolle der Lagebesprechungen in Hitlers Hauptquartier.

In den Kellern des Nürnberger Gerichtsgebäudes lagerte seit dem Herbst 1945 inmitten der Berge dorthin verbrachter ehemaliger deutscher Geheimarchive ein umfangreiches Paket. Es trug die Aufschrift „Kriegstagebuch General Thomas“. Das war der frühere Chef des Wirtschafts- und Rüstungsamtes.



Jetzt, bei der Vorbereitung der Prozesse gegen Flick und Genossen wurde das Paket geöffnet. Als die Archivare mühsam die private Kurzschrift entzifferten, erlebten sie eine tolle Ueberraschung. Die Aufschrift stimmte nicht. Das Paket enthielt die Tagebücher des früheren Generalstabschefs, Generaloberst Halder.

Der Nürnberger Fund — inzwischen von dem vermuteten Autor, der sich in Bayern in Internierungshaft befindet, selbst bestätigt — harrt noch der weiteren Entzifferung. Aus den angesengten Berchtesgadener Akten werden die ersten sensationellen Enthüllungen bekannt.

Am 31. August 1944 hatte Hitler die Generale Westphal und Krebs zu sich befohlen. Beide sollten Kommandos im Westen übernehmen. Er befahl ihnen, ihre Stäbe „von Defaitisten zu reinigen“. In diesem Zusammenhang machte er ihnen Mitteilungen über den 15. August. „Der dunkelste Tage meines Lebens“, wie er selbst sagte. Trotz des 20. Juli.

An diesem 15. August hatte Hitler erfahren, daß der damalige Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, drauf und dran gewesen war, die gesamte Westarmee den vorrückenden Engländern und Amerikanern zu übergeben.

„Nur durch einen Zwischenfall mißlang der Plan“, berichtete Hitler den beiden Generalen. Wie er weiter mitteilte, war die Begegnung Kluges mit britischen Offizieren im Niemandsland zwischen den Fronten nur durch einen zufälligen Bombenangriff verhindert worden. „Kluge war schon nach vorn gefahren, um die Uebergabebedingungen mit den englischen Parlamentären zu besprechen. Aber die Engländer kamen nicht.“

Hitler gab auch zu daß Kluge nach dem Scheitern seines Vorhabens Selbstmord begangen habe.

Als Hitler den beiden Generalen über den Fall Kluge berichtete, hatte er seine Wut schon ausgetobt. Er schäumte nicht mehr. Er wurde sentimental.

„Zweimal“, seufzte er, „habe ich Kluge persönlich befördert. Ich verlieh ihm die höchsten Orden. Ich schenkte ihm zu seinem Gehalt noch eine Menge Geld“.

Aber er schloß, wie er immer zu schließen pflegte: „Ich verlange, daß meine Generale so lange kämpfen, bis das Bündnis der Feindmächte auseinanderfällt. Noch ist in der Geschichte jede Koalition zusammengebrochen“.

Hitler verschwieg jedoch schamhaft den Brief, den ihm Kluge eine Stunde vor seinem Tode geschrieben hatte. Darin stand der Satz: „Das deutsche Volk hat unermessliche Leiden zu ertragen. Zeigen Sie sich nun selbst groß genug, den aussichtslosen Krieg zu beenden.“

Faule Ostereier

Verschmelzung in München

Über Ostern hatte die KPD Bayerns ihren zweiten Landesparteitag einberufen. Aus Berlin waren Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, die Unzertrennlichen, erschienen. München war die erste Station ihrer zweiten Vereinigungsreise in diesem Jahr. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Verschmelzung der KPD mit der SED. In lebhaften Debatten fand sich kein Redner der KPD, der dieser Vereinigung nicht zugestimmt hätte. Die bayrischen Kommunisten erhoffen sich von der großen östlichen Schwesterfirma eine stärkere Wirkung in der Bevölkerung. Die Landesleitung wurde beauftragt, um die Genehmigung der Militärregierung nach-zusuchen.

Landesvorsitzender Fritz Sperling gab jedoch sogleich bekannt, die Militär-Regierung für Bayern habe bereits am 20. März verfügt, daß eine Namensänderung vorerst nicht stattfinden dürfe. Auch das Büro der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD darf noch nicht arbeiten.

Weiterhin stellte Sperling fest, daß die Mitgliederzahl von 12 000 im Januar 1946 auf 50 000 im April 1947 gestiegen sei. Trotzdem hatte die bayrische KP bei den Dezemberwahlen mit 185 000 Stimmen nicht einen einzigen Sitz gewonnen. Das lag an der 10-Prozent-Klausel, die einer Partei nur dann Mandate im Landtag zubilligt, wenn sie in einem Wahlkreis mindestens 10 Prozent auf sich vereinigte.

Eine ähnlich scharfe Bestimmung findet sich vorerst nur in Schleswig-Holstein, wo eine Partei mindestens in einem Wahlkreis in direkter Wahl erfolgreich gewesen sein muß, um Sitze aus der Landes- (Reserve-) Liste zu erhalten.

So schrieb denn auch die linksorientierte englische Wochenschrift „New Statesman and Nation“, es sei unwahrscheinlich, daß bei den kommenden Landtagswahlen die öffentliche Meinung wirklich ausreichend widerspiegelt werde.

Der Parteitag endete mit einer Massenversammlung vor der Feldherrnhalle am Ostermontag. Otto Grotewohl sprach über das Thema „Moskau und wir“. „Wir sind keine Agenten der Sowjetunion“, betonte er, „sondern sehen in Molotows Standpunkt gegenüber den deutschen Fragen den Standpunkt, der auch für deutsche Belange als der günstigste angesehen werden muß.“

Plötzlich wurde die Versammlung aus den Ruinen der Münchner Residenz heraus mit faulen Eiern und Steinen beworfen, worauf ein Teil der Zuhörer abwanderte. Die Funktionäre der KPD schwärmten zwar sofort aus, um die Schützen festzunehmen, mußten aber ohne Erfolg zurückkehren. Norddeutsche Zaungäste äußerten, Pieck und Grotewohl wären im Ruhrgebiet und in Hamburg zumindest nicht mit Eiern beworfen worden.